

Stadt Mönchengladbach wehrt sich gegen Gerichtsbeschluss zum Radweg!

Mönchengladbach kämpft gegen gerichtlichen Beschluss zum Rückbau der neuen Protected Bike Lane.
Sondersitzung am 17. März.



Am 25. Februar 2025 entschied das Verwaltungsgericht Düsseldorf, dass die Stadt Mönchengladbach innerhalb von drei Wochen die kürzlich eingerichtete „Protected Bike Lane“ zurückbauen muss. Diese Radweg-Infrastruktur, die im Sommer 2023 eingeführt wurde, gilt als die erste ihrer Art in Mönchengladbach und ist ein ambitioniertes Projekt zur Verbesserung der Sicherheit für Radfahrende. Doch die Umsetzung steht jetzt unter einem ungünstigen Stern, da das Gericht Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit der verwendeten Klebebordsteine äußerte und die Voraussetzungen für die Umwidmung einer Fahrspur in einen Radweg als nicht gegeben ansah. Die Stadt hat mittlerweile Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt und sieht in der Entscheidung eine große

Einschränkung für den Radverkehr.

Der Hauptausschuss der Stadt Mönchengladbach wird sich am kommenden Montag mit der Thematik in einer Sondersitzung befassen. Die Stadtverwaltung sieht die Notwendigkeit eines sicheren Radwegs auf der Hohenzollernstraße, insbesondere da der alte Radweg in desolatem Zustand ist und nicht den modernen Sicherheitsstandards entspricht. Oberbürgermeister Felix Heinrichs betont, dass ein Verzicht auf einen geschützten Radweg aus sicherheitstechnischen Gründen nicht infrage komme. Die Stadtverwaltung plant, alternative Lösungen zu erarbeiten, um den Radverkehr auch weiterhin sicher zu gestalten.

Aktuelle Entwicklungen

Trotz der gerichtlichen Anordnung bleibt die Stadt optimistisch und hofft, im Oberverwaltungsgericht Gehör zu finden. Diese Beschwerde muss innerhalb von zwei Wochen eingelegt werden. Die Stadtverwaltung plant bereits, die Fahrbahndecke in dem Bereich der Protected Bike Lane zu erneuern. In den Osterferien soll ein neuer Deckenüberzug auf allen Spuren der Hohenzollernstraße aufgebracht werden, um sowohl die Sicherheit als auch den Komfort für Radfahrende zu erhöhen.

Dennoch gibt es Bedenken. Die sogenannten Klebebordsteine, die ursprünglich als bauliche Trennung zwischen Rad- und motorisiertem Verkehr installiert wurden, gelten als kritisch. Ursprünglich installierte sie wurden aufgrund von Unfällen, bei denen Autofahrer sie übersehen hatten, durch rot-weiße Warnbaken entschärft. Nach der Umwandlung eines Autofahrstreifens in eine Radspur stieg das Radverkehrsaufkommen innerhalb eines Jahres um über 30 Prozent. Die Stadt bedauert das Gerichtsurteil, da die Protected Bike Lane als eine bedeutende Verbesserung der Sicherheit für Radfahrer angesehen wird.

Finanzielle und bauliche

Herausforderungen

Die umfassende Sanierung des Radweges neben der Baumreihe würde mehrere Millionen Euro kosten und viele Bäume gefährden. Diese ökologischen und finanziellen Implikationen stehen den Behörden vor einer gewaltigen Herausforderung. Aus kommunaler Sicht ist ein Rückbau der Protected Bike Lane nicht nur eine verpasste Chance für die Förderung des Radverkehrs, sondern könnte auch als Rückschritt in einer Zeit gelten, in der viele Städte weltweit Radwege ausweiten und verbessern.

Für die Bürger wird es am 17. März eine öffentliche Sitzung des Hauptausschusses geben, in der die zukünftige Gestaltung der Hohenzollernstraße und die Rolle der Radfahrer darin erörtert werden wird. Die deutliche Zunahme von Radfahrern und die damit verbundenen Sicherheitsaspekte verdeutlichen den zunehmenden Druck auf die Stadt, eine nachhaltige und sichere Lösung für alle Verkehrsteilnehmer zu finden.

Details	
Quellen	• www.meine-woche.de • www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de